

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Sitzungsdokument

18. September 2000

13/2000

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 51 der Geschäftsordnung

von Joan Colom i Naval, Rosa Díez González, Gerardo Galeote Quecedo,
Alonso Puerta und Vidal-Quadras Roca

zum Terrorismus in Spanien

Fristablauf: 18.12.2000

RE\420866DE.doc

PE 296.582
Or. ES

DE

DE

13/2000

Erklärung zum Terrorismus in Spanien*Das Europäische Parlament,*

- bekräftigt seine EntschlieÙung vom 30.1.1997¹,
 - ist der Auffassung, dass der Terrorismus die Wertegemeinschaft, die die EU darstellt, angreift, indem er solch grundlegende Prinzipien wie das Recht auf Leben und die persönliche Freiheit verletzt,
 - ist der Auffassung, dass der Terrorismus, der keine Grenzen kennt, eine europaweite demokratische Antwort verlangt,
 - wiederholt seine Verurteilung der rassistischen, fremdenfeindlichen und faschistischen Aktionen der ETA und versichert, dass sie in dem Europa der Freiheiten keinen Platz haben,
 - fordert auf zur Mobilisierung der Bürger gegen jedwede Legitimierung des Terrorismus und zum Schutz des Lebens und der Freiheit,
1. verurteilt nachdrücklich die Verbrechen der ETA und weist jeglichen Versuch, sich durch Terror durchzusetzen, zurück;
 2. lehnt jeden Dialog mit denjenigen ab, die irgendwelche terroristischen Aktionen ausführen, veranlassen, unterstützen, rechtfertigen oder tolerieren;
 3. drückt seine aktive Solidarität mit den Angehörigen der Opfer, den spanischen Behörden und all denjenigen aus, die jeden Tag unter Einsatz ihres Lebens dafür kämpfen, dass der Friede, die Freiheit und die Demokratie, die in der EU herrschen, im spanischen Baskenland walten;
 4. ermahnt die Institutionen der EU, wirksame Maßnahmen zur Verfolgung des Terrorismus, insbesondere den europäischen Haftbefehl, zu ergreifen;
 5. beauftragt seine Präsidentin, diese Erklärung an die übrigen Institutionen der Union sowie an die Regierungen der Mitgliedstaaten und die autonome baskische Regierung zu übermitteln.

¹ EntschlieÙung zur Bekämpfung des Terrorismus in der EU vom 30. Januar 1997 (C55/97, 24. Februar 97)